

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 5. Sitzung

Dienstag, 20. Oktober 2015, 19.30 Uhr, im Kunsthaus am Amman-Hofer-Platz

Vorsitz: Hollinger Peter, FDP

Stimmzählende: Aulbach Annerös, SP
Schütz Lorenz, EDU&EVP

Weiter anwesend	SVP Staehelin Bernhard Beutler Heidi Zumkehr Jürg Meyes Schürch Antonie Roth Andreas Nyffeler Adrian Bozic Marko Sahli Marc Alain	SP Vogt Peter Simmler Florian Liechti Anja Reimann Maria Lobsiger Verena	FDP Betschart Christoph Beutler Georges Künzli Beat Dübendorfer Thomas Michel Paul	Grüne Weinekötter Bernhard Kupfer Fritz Hänggi Sandra EDU&EVP Bühler David Balmer Ulrich	Gemeinderat Graf Urs Burkhard Hans-Rudolf Ritschard Philippe Stör Sabina Michel Peter Boss Kaspar Nyffeler Manuela
Abwesend	Christ Franz	Simmler Dorothea Schenk Esther Trachsel Christine			
Protokoll					Goetschi Philipp

Traktanden

42. Protokoll
43. Motion Staehelin, Schuldenabbau, Beantwortung
44. Budget 2016
45. Geschäftsreglement des Grossen Gemeinderats, Änderung
46. Gebührenreglement, Änderung
47. Reglement zur Übertragung der Aufgaben in der Feuerungskontrolle
48. Ersatzwahl in die Schulkommission
49. Gemeindeinitiative „Keine Verkehrsverlagerung in die Wohnquartiere“ und Gegenvorschlag, Wahl der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept
50. Orientierungen/Verschiedenes

Ratspräsident Peter Hollinger begrüsst das neue Ratsmitglied Sandra Hänggi.

42 B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden) **Protokoll**

Antonie Meyes Schürch bemerkt, sie habe in ihrer Präsentation des Gegenvorschlags zur Verkehrsinitiative nicht nur angeregt, dem Gegenvorschlag den Titel „kein Verkehrschaos“ zu geben, sondern sie habe den Titel beantragt.

Beat Künzli möchte sein Votum auf Protokollseite 46 dahingehend präzisiert haben, dass nicht er, sondern die FDP-Fraktion den Antrag des Gemeinderats ablehne.

Beschluss:

Das Protokoll der 4. Sitzung vom Dienstag, 25. August 2015, wird einstimmig genehmigt.

43 F3.03.5 Passiven, Finanzbeschaffung, Kredite, Garantien, Bürgschaften
Motion Staehelin, Schuldenabbau, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

Gemeinderat Philipp Ritschard unterstreicht, dass der Finanzhaushalt ein Hauptaugenmerk in der Tätigkeit des Gemeinderats sei. Auch wenn der Gemeinderat aus verschiedenen Gründen in den letzten Jahren grosse Investitionsvorhaben vorgelegt habe, habe er diese stets auch mit Blick auf die Entwicklung des Finanzhaushalts geprüft und nur beantragt, wenn er überzeugt gewesen sei, einen mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt sicherstellen zu können. Das Parlament und die Stimmberechtigten könnten über die Verpflichtungskredite in ihrem Zuständigkeitsbereich oder beim Beschluss des Budgets inklusive Steueranlage Einfluss nehmen. Die Stossrichtung der Motion entspreche durchaus den Absichten des Gemeinderats, wobei die in der Motion genannten mittel- und langfristigen Schulden von 20 Mio. Franken per Ende 2025 aus heutiger Sicht eine vertretbare Grössenordnung sein könnten. Der Gemeinderat unterstütze die Erheblicherklärung der Motion. Eine Berichterstattung über die Verschuldungssituation sei schon heute bei der Rechnungslegung Standard gewesen.

Motionär Bernhard Staehelin dankt für den Antrag des Gemeinderats und freut sich, heute endlich über das Thema Schuldenabbau diskutieren zu können. Wichtig sei ihm, dass Altlasten nicht als Argument gegen einen Schuldenabbau herhalten dürften. Im Jahr 2000 sei die Gemeinde praktisch schuldenfrei gewesen, was es ermöglicht habe, die grossen Vorhaben der letzten Jahre insbesondere auf der West-Ost-Achse zu realisieren. Die heutige Generation sollte der nächsten Generation nicht nur Schulden hinterlassen. Der Grosse Gemeinderat müsse sich seiner Verantwortung bei den grossen Projekten bewusst sein, auch wenn die Verantwortung für den Finanzhaushalt beim Gemeinderat liege. Mit HRM2 gebe es in den nächsten acht Jahren je 1,75 Mio. Franken aus dem alten Verwaltungsvermögen abzuschreiben. Er möchte nun sehen, wie der Gemeinderat die Motion umsetze.

Fritz Kupfer unterstützt eine Reduktion der Schulden. Nicht ausgeführte Investitionen seien jedoch faktisch wie Schulden und die bestehenden Schulden müssten den vorhandenen Gegenwerten gegenübergestellt werden.

Beschluss:

Die Motion Staehelin, Schuldenabbau, wird erheblich erklärt.

(grosses Mehr bei einer Gegenstimme)

44 F3.08.16 Budget 2016
Budget 2016

Die Geschäftsprüfungskommission stimmt dem Budget 2016 zu.

Gemeinderat Philippe Ritschard erläutert das Budget 2016, das erstmals nach den Vorschriften des harmonisierten Rechnungslegungsmodells HRM2 aufgestellt worden sei, und zeigt insbesondere die grösseren Abweichungen gegenüber dem bisherigen Modell auf.

Bernhard Staehelin möchte wissen, ob sich die Nichterneuerung einer Fremdmittelaufnahme auf den Bilanzüberschuss auswirke, was von *Gemeinderat Philippe Ritschard* verneint wird.

David Bühler erachtet die vorgesehenen Investitionen als hoch, doch könne am Budget nichts mehr geändert werden, da die meisten Investitionen bereits beschlossen seien. Unterschiedlich seien die Meinungen in der Fraktion gewesen, ob die Steuern nicht hätten optimistischer budgetiert werden können.

Heidi Beutler dankt für die Information über das HRM2, die vor einer Woche stattgefunden habe. Trotz HRM2 und Schulung sehe sie die höhere Bürgerfreundlichkeit der neuen Rechnungslegung noch nicht. Wichtig sei ihr ein Schuldenabbau.

Verena Lobsiger möchte wissen, ob die neue Abschreibungspraxis für Strassen für alle Gemeinden im Kanton gelte und ob die Abschreibungspraxis nicht zu einer Neuverschuldung führe.

Gemeinderat Philippe Ritschard antwortet, die für die Abschreibungen anzuwendenden Lebensdauern seien vom Kanton verbindlich vorgeschrieben und die Abschreibung diene gerade dazu, das Geld für spätere Erneuerungen zurückzulegen.

Georges Beutler erachtet den Übergang auf das HRM2 als Fortschritt, Modernisierung und Annäherung an die Privatwirtschaft, auch wenn damit viel Arbeit für die Verwaltung verbunden sei. Auch für die FDP sei ein Schuldenabbau zentral. Die Gemeinde befinde sich zwar in einer Zeit von fetten Jahren, doch sei nicht garantiert, dass es noch lange so weitergehe.

Peter Vogt dankt ebenfalls für die HRM2-Information und freut sich über das vorgelegte Budget.

Jürg Zumkehr bemerkt, drei Steuerpflichtige würden 72 Prozent des Steuerertrags generieren. Was mache die Gemeinde, damit diese Steuerpflichtigen bei der Stange gehalten werden könnten. Ein Wegzug könnte direkt auf die Gemeindefinanzen durchschlagen.

Gemeinderat Philippe Ritschard antwortet, dass selbstverständlich Kontakt mit diesen Steuerpflichtigen gepflegt würde, jedoch ohne Garantie, dass sie immer in Interlaken bleiben würden. Die 72 Prozent würden sich auf die Steuern der juristischen Personen beziehen, nicht auf den Gesamtsteuerertrag.

Beschluss:

1. Das Budget 2016 mit einem Gesamtertragsüberschuss von CHF 8'215.00 wird genehmigt.
2. Das am 1. Januar 2016 bestehende Verwaltungsvermögen wird über die nächsten 8 Jahre mit einem Abschreibungssatz von 12,5 Prozent linear abgeschrieben.
3. Für das Jahr 2016 werden festgesetzt:
 - die Steueranlage unverändert auf das 1,77-fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze,
 - die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1,5 Promille des amtlichen Werts.
4. Das Geschäft untersteht dem obligatorischen Referendum.

(einstimmig)

45 B3.C Vorschriften, Gesetze, Verordnungen (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

Geschäftsreglement des Grossen Gemeinderats, Änderung

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt die Reglementsänderung.

Gemeindepräsident Urs Graf erinnert daran, dass seit dem Jahr 2000 einer Jugendparlamentsdelegation zwei Sitze mit beratender Stimme im Grossen Gemeinderat zur Verfügung stehen würden. Seit Beginn der laufenden Legislatur seien die beiden Sitze vakant. In den letzten Jahren sei das Jugendparlament nicht mehr aktiv gewesen. Nun sei mit dem Jugendparlament Berner Oberland ein neues Jugendparlament in der Region gegründet worden, das auch interessiert sei, die Sitze im Grossen

Gemeinderat Interlaken wieder zu besetzen. Da das Geschäftsreglement jedoch die Jugendparlamentssitze ausdrücklich dem Jugendparlament Amt Interlaken überlasse, das es heute unter diesem Namen nicht mehr gebe, sei aus Gründen der Rechtssicherheit eine Änderung des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats vorzunehmen, die auch für andere vorwiegend administrative Anpassungen genutzt werden könne.

Eintreten ist unbestritten.

Beat Künzli begrüsst die Änderung für die FDP und freut sich, dass wieder ein aktives Jugendparlament in der Region entstanden sei.

Annerös Aulbach freut sich für die SP ebenfalls am neuen Jugendparlament und der rasch vorgelegten Reglementsänderung.

Beschluss:

1. Die Änderung der Artikel 3, 5, 11, 25, 34a und 34b sowie des Zwischentitels 5. des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats vom 19. Oktober 1999 wird genehmigt.
2. Die Änderung tritt auf den 1. Dezember 2015 in Kraft.

(einstimmig)

46 F3.C Vorschriften, Gesetze, Verordnungen (Finanzen) Gebührenreglement, Änderung

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen zur Vorlage.

Gemeinderat Peter Michel bemerkt, dass notwendige Änderungen des Gebührenreglements gesammelt und nach Möglichkeit zu höchstens einer Vorlage pro Jahr zusammengefasst würden, da Gebührenreglementsänderungen in der Zuständigkeit des Parlaments liegen würden. Für die Begründung der Änderungen, die keinen inhaltlichen Zusammenhang hätten, verweist er auf den schriftlichen Antrag.

Eintreten ist nicht bestritten.

Lorenz Schütz erkundigt sich, warum die Bewilligung für Glacevelos gestrichen werden soll.

Gemeinderat Peter Michel bemerkt, früher seien nur Gesuch für die Höhepromenade eingegangen, für welche die Gemeinde nicht zuständig sei, und seit zwei Jahr gar kein Gesuch mehr. Die Sicherheitskommission möchte den Passus deshalb bereinigen.

Thomas Dübendorfer erinnert daran, dass er bei der letzten Gebührenreglementsänderung mit seinem Antrag durchgedrungen sei, die Glacevelos nicht aus Artikel 24 nicht zu streichen. Er verstehe nicht, dass dieser Absatz nun wieder gestrichen werden soll. Er **beantrage**, den Absatz nicht zu streichen.

Auf Rückfrage von *Lorenz Schütz*, was geschehe, wenn später doch ein Gesuch eingehe, erklärt *Gemeinderat Peter Michel*, dann werde die Sicherheitskommission das Gesuch behandeln und die Gebühr selber festlegen, worauf *Ratspräsident Peter Hollinger* präzisiert, dass ohne die Bestimmung im Gebührenreglement die Rechtsgrundlage für eine Gebührenerhebung fehle.

Verena Lobsiger unterstützt den Antrag Dübendorfer.

Fritz Kupfer regt an, den Absatz auf weitere Fahrzeuge oder Angebote auszudehnen.

Beschluss:

Der Antrag Dübendorfer wird mit 20:3 Stimmen angenommen.

Lorenz Schütz **beantragt** die Toilettengebühr in Artikel 26a auf maximal zwei Franken zu reduzieren.

Gemeinderat Peter Michel möchte einen Spielraum erhalten, auch wenn zurzeit über einen Franken bzw. Euro diskutiert werde.

Beschluss:

Der Antrag Schütz wird mit 13:11 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

1. Die Änderungen der Artikel 15a, 17a, 17b, 25, 26 und 26a des Gebührenreglements vom 1. Juli 2008 werden genehmigt.
2. Die Änderungen treten auf den 1. Januar 2016 in Kraft.

(grosses Mehr bei einer Gegenstimme)

47 F1.2.4 Feueraufsicht
F1.C Vorschriften, Gesetze, Verordnungen (Feuerpolizei, Gebäudeversicherung)

Reglement zur Übertragung der Aufgaben in der Feuerungskontrolle

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt die Vorlage.

Gemeinderat Kaspar Boss teilt mit, verschiedene Gemeinden in der Region möchten die Feuerungskontrolle inklusive Verfügungskompetenz auslagern, nachdem die Industriellen Betriebe, welche diese Aufgabe bisher gemacht hätten, den Vertrag auf Ende Jahr gekündigt hätten. Da auch die Verfügungskompetenz ausgelagert werden soll, sei ein Reglement nötig. Mit einer indirekten Änderung des Gebührenreglements würden gleichzeitig die verbindlich anzuwendenden Gebühren im Gebührenreglement ergänzt. Er dankt den Industriellen Betrieben für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Eintreten ist unbestritten.

Bernhard Weinekötter hat Mühe damit, dass ein privates Unternehmen Verfügungen erlassen könne.

Gemeinderat Kaspar Boss bemerkt, das Verfahren sei klar geregelt. Da kein Handlungsspielraum bestehe, spreche nichts dagegen, die Verfügungskompetenz auszulagern. Gegen eine Verfügung würden die ordentlichen Rechtsmittel offenstehen.

Ueli Balmer vermutet, dass die Kosten für die Privaten bei Auslagerung an eine private Firma steigen könnten.

Gemeinderat Kaspar Boss antwortet, die Gemeinde lege die Gebühren fest, die vom privaten Auftragnehmer nicht überschritten werden dürften.

Verena Lobsiger befürchtet, dass hier eine neue Monopolstellung geschaffen werde wie bei den Kaminfeuern.

Gemeinderat Kaspar Boss antwortet, die Bewerber müssten bestimmte Voraussetzungen erfüllen, weshalb der Kreis der möglichen Interessenten klein sei.

Beschluss:

Das Reglement zur Übertragung der Aufgaben in der Feuerungskontrolle wird genehmigt.

(grosses Mehr und ohne Gegenstimmen)

48 S1.A.1 Schulkommission
Ersatzwahl in die Schulkommission

Verena Lobsiger bewirbt sich ebenfalls um den Sitz.

Beschluss:

Auf Antrag der Grünen Interlaken-Oberhasli und als Ersatz für die zurücktretende Heidi Häni wird Sandra Hänggi, 1973, für den Rest der laufenden Amtsdauer vom 9. November 2015 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied der Schulkommission gewählt.

(24 Stimmen; 1 Stimme für Verena Lobsiger)

49 A1.3 B1.7.5 **Unterschriftensammlung, Initiative und Referendum generell**
Verkehrsregime
Gemeindeinitiative „Keine Verkehrsverlagerung in die Wohnquartiere“ und Gegenvorschlag,
Wahl der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept

Verena Lobsiger erklärt, sie sei ab sofort im Alpenparlament, das ein Projekt eines Carterminals auf dem Flugplatz prüfe.

Beschluss 1:

In die nicht ständige Kommission Verkehrskonzept werden gewählt:

- von Allmen Nando Vertreter Initiativkomitee
- Hofmann Bastian Vertreter Initiativkomitee
- Trafelet Thomas Vertreter Initiativkomitee
- Christ Franz Vertreter GGR-Liste SVP
- Simmler Dorothea Vertreterin GGR-Liste SP
- Betschart Christoph Vertreter GGR-Liste FDP
- Kupfer Fritz Vertreter GGR-Liste Grüne
- Bühler David Vertreter GGR-Liste EDU&EVP
- Graf Urs Vertreter Gemeinderat
- Michel Peter Vertreter Gemeinderat
- Wahli Brigitte Vertreterin Gemeinde Matten bei Interlaken, ohne
Stimmrecht
- Roder Verena Vertreterin Gemeinde Unterseen, ohne Stimmrecht
- Bühlmann Hans Peter Einwohnerdienstleiter, Sekretär ohne Stimmrecht

Beschluss 2:

Die nicht ständige Kommission Gegenvorschlag Verkehrsinitiative wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

(Abstimmung über Beschlüsse 1 und 2 zusammen: grosses Mehr bei einer Gegenstimme)

50 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)**Orientierungen/Verschiedenes****Neue parlamentarische Vorstösse****Anfrage Meyes Schürch, Restaurant Bödelibad**

Antonie Meyes Schürch macht auf das geschlossene Restaurant im Freiluft- und Hallenbad Bödeli aufmerksam. Seit Mai werde offenbar erfolglos nach einer Nachfolge gesucht. Auch andere Anlagen im Bödelibad würden nicht konsequent bewirtschaftet. Sie möchte deshalb wissen, was mit dem Restaurant weiter geschehe und wie die Gemeinde die Bewirtschaftung der Anlagen und die Kundenfreundlichkeit im Freiluft- und Hallenbad beurteile.

Vizegemeinderat Hans-Rudolf Burkhard antwortet als Interlakner Verwaltungsratsratsmitglied in der Freiluft- und Hallenbad Bödeli AG, die AG sei in Verhandlung mit verschiedenen Interessenten für das Restaurant, doch sei es sehr schwierig, insbesondere für den Winterbetrieb eine Lösung zu finden. Dem Gemeinderat seien verschiedene unbefriedigende Punkte im Bödelibad bekannt, die er als Verwaltungsrat zu verbessern versuche.

Verena Lobsiger regt an, im Bödelibadrestaurant eine Kantine einzurichten, in der die Mitarbeitenden vieler Betriebe auf dem Bödeli essen könnten.

Anfrage Zumkehr, Fragen zu den Industriellen Betriebe

Jürg Zumkehr möchte wissen, wie die neue Eignerstrategie des Gemeinderats für die Industriellen Betriebe vorsehe, ob die IBI fit seien für den freien Strommarkt der Zukunft, wie die Eigentumsverhältnisse an den Industriellen Betrieben aussehen würden und ob die IBI in eine Aktiengesellschaft überführt würden, wie hoch die gesamte Entschädigung der IBI an die Gemeinde inklusive Risikoentschädigung sei und wie erfolgreich die verschiedenen Projekte in den letzten Jahren und die neuen Projekte der IBI seien.

Anfrage Balmer, Parkleitsystem

Ueli Balmer fragt nach dem Stand beim Parkleitsystem.

Gemeinderat Peter Michel antwortet, die Neubeschriftung der Parkierungsmöglichkeiten sei vom Kanton bewilligt. Die Schilder würden zurzeit hergestellt und könnten zeitnah installiert werden.

Wortmeldungen aus dem Rat

Bernhard Weinekötter regt an, die neue Delegation des Jugendparlaments bereits zum diesjährigen Schlussessen des Grossen Gemeinderats einzuladen, was von *Ratspräsident Peter Hollinger* zugesichert wird, sofern sie namentlich bekannt sei.

Schluss der Sitzung: 21.10 Uhr

Der Präsident

Der Sekretär

Die Stimmzählenden